



Pressemitteilung der SVP URI vom 3. Mai 2011 zur Gemeindestrukturreform zum Zweiten

Kritik war begründet und mit konstruktivem Lösungsansatz

Am letzten Samstag, 30. April 2011, kritisierte Bruno Arnold, Redaktionsleiter der Neuen Urner Zeitung, in der „Sieben Tage“-Spalte der Neuen Urner Zeitung die SVP URI als (wieder einmal) Nein-Sager ohne konstruktive Lösungsansätze/-ideen im Zusammenhang mit der Gemeindestrukturreform im Kanton Uri. Die SVP URI kann diese Kritik nicht nachvollziehen. Umso mehr ist dies der Fall, da die SVP URI schon seit längerem bemüht ist, ihre Positionen ausführlich und klar zu begründen und die entsprechenden Lösungsansätze aufzuzeigen. Hierzu einige Beispiele:

Unvereinbarkeitsvorlagen

Die SVP URI begründete ihren ablehnenden Standpunkt hinsichtlich einer strikten Gewaltentrennung mit der Aufteilung der staatlichen Macht auf mehrere Staatsorgane und Personen und dass damit der Machtmissbrauch besser verhindert werden könne und dadurch die Freiheit des Individuums besser gewährleistet sei. 51.7 Prozent resp. 14 Urner Gemeinden lehnen die Verfassungsvorlage ab. Das Gesetz lehnten 51.6 Prozent und 13 Urner Gemeinden ab.

Referendum zur Nebenamtsverordnung

Als einzige ergriff die SVP URI das Referendum gegen die Änderung der Nebenamtsverordnung, nachdem ein Erhöhungsantrag der SVP-Fraktion um 25 Prozent im Landrat keine Mehrheit fand. Unsere Argumente waren: Sitzgelderhöhungen bis zu maximal 284.6 Prozent (bei einer aufgelaufenen Teuerung seit 2004 von lediglich 6 Prozent) seien masslos; ein Lohn von Fr. 178'854 für unsere Regierungsräte würde ausreichen; unterschiedliche Sitzgelder für landrätliche und regierungsrätliche Kommissionen seien nicht gerechtfertigt und nur absolut notwendige Mehrausgaben seien gutzuheissen. 67.46 Prozent und 19 Urner Gemeinden konnten unsere Argumente nachvollziehen und unterstützten die SVP URI an der Urne.

HarmoS-Konkordat

Bereits ab der Vernehmlassung sprach sich die SVP URI in aller Deutlichkeit gegen das HarmoS-Konkordat aus. Dies, weil wir keine Zwangseinschulung für 4-jährige Kinder wollten, weil wir gegen eine Hochdeutsch-Pflicht für 4-jährige Kinder waren, etc. 69 Prozent des Urner Souveräns unterstützte unseren Standpunkt.

Hinsichtlich der **Gemeindestrukturreform** hat die SVP URI auch deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie Gemeindefusionen akzeptieren könne, wenn diese schlank und frei von unten her kommen (vgl. Pressemitteilung der SVP URI vom 26. April 2011, am Ende des letzten Abschnittes; einsehbar auf www.svp-uri.ch). Und genau dies ist der konstruktive Lösungsansatz der SVP URI. Wir wollen keine teuren Fusionsanreize, keine Aushebelung der Bürgernähe und schon gar nicht einen Abbau der Gemeindeautonomie oder Zwangsfusionen. Sondern ganz einfach: Rechtliche Bestimmungen, die

Gemeindefusionen ermöglichen und das entsprechende Verfahren sowie die Wirkungen daraus festhalten. Nicht mehr und nicht weniger. Dies genügt, damit der Souverän frei und von unten her seine Entscheidungen fällen kann.

Besten Dank insbesondere für die Kenntnisnahme der Ausführungen zur Gemeindestrukturreform. Wer weiss, vielleicht schafft es die SVP URI mit diesem konstruktiven Lösungsansatz bezüglich der Gemeindestrukturreform wiederum in die "Sieben Tage"-Spalte von Bruno Arnold. Diesmal aber hoffentlich unter "Mein Ereignis" oder sogar in "Mein Aufsteller" ...

SVP URI

Für Fragen und Auskünfte:

Landrat Gusti Planzer, Präsident SVP URI
Telefon 078 892 81 41

Versand an:

redaktion@neue-uz.ch